Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1932

7.10.1932 (No. 235)

Visual Library

Nr. 235 Freitag, den 7. Oktober 1932 175. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland in der Zeit vom 16.—30. September 1932.

Im Landesarbeitsamtsbezirk Südwestdeutschland wurden am 30. September 1932 280 423 Arbeitsuchende gezählt. Ihre Zahl ist seit Mitte September weiterhin um 6579 oder 2,3 v. H. gesunken. Man darf jedoch aus dieser Bewegung nur bedingte Schlüsse auf die Entwicklung des Arbeitsmarkts ziehen. Wie bereits mehrfach hervorgehoben wurde, ist die Zahl der von den Arbeitsämtern erfaßten Arbeitsuchenden in den letzten Wochen sehr stark beeinflußt worden von der durch Notverordnung eingeführten Hilfsbedürftigkeitsprüfung bei Empfängern von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung und von den neuen Grundsätzen für die Anerkennung der Wohlfahrtserwerbslosen. In beiden Fällen trat mit dem Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger bzw. Wohlfahrtserwerbslosen auch ein Rückgang der Arbeitsuchenden ein, dem keine Minderung der tatsächlichen Arbeitslosigkeit zugrunde lag. Ähnlich ist die neueste Zahlenentwicklung der Arbeitsuchenden zu werten. Inwieweit auch die Verordnung der Reichsregierung über Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 den Rückgang der Zahl der Arbeitsuchenden in der Berichtzeit beeinflußt hat, läßt sich nach den Berichten der Arbeitsämter noch nicht übersehen. Soweit jedoch Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt vereinzelt beobachtet werden konnten, erstreckten sie sich bis jetzt zum größeren Teil auf Industriezweige, in denen die Frauenarbeit vorherrscht. Während in Baden nur die Kunstseide-Industrie und die Zigarrenfabrikation größere Einstellungen plant, zeigen in Württemberg verschiedene Industriezweige merkliche Ansätze zu Neueinstellungen, die in größerem Ausmaße die Schuhfabrikation, die Lederindustrie und Textilindustrie beeinflussen dürften.

Die Entwicklung der **Unterstützungszahlen der Arbeitslosenversicherung** und der **Krisenfürsorge** zeigt eine nochmalige Abnahme von 1088 bzw. um 2295 Hauptunterstützungsempfänger. Der **Stand** an Hauptunterstützungsempfängern war am 30. September 1932 folgender: in der **versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung**

35 447 Personen (26 442 Männer, 9005 Frauen)

in der **Krisenfürsorge**

70 516 Personen (55 967 Männer, 14 549 Frauen).

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 3383 oder um 3,1 Proz. nämlich

von 109 346 Personen (84 911 Männer, 24 435 Frauen)

auf 105 963 Personen (82 409 Männer, 23 554 Frauen)

gefallen; davon kamen

auf Württemberg 45 004 gegen 46 092

auf Baden 60 959 gegen 63 254 am 15. September 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 30. September 1932 auf 1000 Einwohner 21,1 Hauptunterstützungsempfänger in der Alu und Kru.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von den Vorgängen in folgenden Berufsgruppen beeinflußt:

Da die Herbstarbeiten in der **Landwirtschaft** nur mit geringem zusätzlichem Kräftebedarf durchgeführt wurden, mußten sich zahlreiche, durch die Beendigung der Getreide- und Grummet-Ernte entbehrlich gewordene Arbeitskräfte wieder arbeitslos melden. Die üblichen Anforderungen für die Hackfruchternte hielten sich bisher in sehr engem Rahmen. Lediglich für die Zuckerrübenernte im Stuttgarter und Heilbronner Bezirk wurden 240 Kräfte angefordert.

In der **Industrie der Steine und Erden** war die Muschelkalkindustrie nochmals in geringem Maße aufnahmefähig. Die Lage der Mainsandsteinindustrie und der Murgtaler Graniwerke hat sich durch die Erteilung von Reichsaufträgen gebessert. In der Ziegeleiindustrie wurde die Durchführung der saisonmäßigen Entlassungen durch die günstige Witterung noch ausgesetzt, doch stehen die Stillegungen zweier größerer Werke, einiger Landziegeleien und einer Kunststeinfabrik unmittelbar bevor.

In der **Metallverarbeitung und in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate,** zeigten sich, von geringen Ausnahmen abgesehen, in allen Bezirken leichte Besserungserscheinungen. Größere Neu- bzw. Wiedereinstellungen nahm die Metallwarenfabrikation, die Auto-, Radio-, Pflug-, Herd- und Ofen- und Schraubenindustrie vor. Eine Nadelfabrik hat infolge besseren Auftragseinganges die Kurzarbeit stark eingeschränkt, eine Karosseriefabrik beabsichtigt, ihre Belegschaft um 100 Arbeiter zu erhöhen. In der Edelmetallindustrie hielt die saisonmäßige Belebung weiter an, Eilaufträge konnten teilweise nur durch Überzeitarbeit erledigt werden. Dagegen mußte die Uhrenindustrie weitere Arbeitskräfte freisetzen und eine Nähmaschinenfabrik vorsorglich Stillegung beantragen.

Die Lage in der **Textilindustrie** ist uneinheitlich. Während die leichte Besserung in den Hauptbezirken der württembergischen Trikotindustrie, der Strickwarenbranche und der Spinnereien und Webereien anhielt, die in letzteren sogar zu umfangreichen Neu- und Wiedereinstellungen geführt hat, zeigte die oberbadische Textilindustrie anhaltende Tendenz zur Verschlechterung. Neueinstellungen auf Grund der Verordnung vom 5. September 1932 stehen in einigen Zweigen der württembergischen Textilindustrie und der badischen Kunstseideindustrie unmittelbar bevor.

In der **Papierindustrie** hat eine badische Hartpappenfabrik nach vorübergehender Stillegung die Fabrikation mit 20 Arbeitern wieder aufgenommen. Die Kartonnagen- und Etui-Industrie zeigte leichte Ansätze zur Belebung.

Durch den Wegfall der Häutekontingentierung hat sich die günstige Entwicklung in den Hauptbezirken der **Lederindustrie** teilweise verstärkt. Eine badische Lederfabrik stellte 100 Arbeiter neu ein.

Der Beschäftigungsgrad des **Holz- und Schnitzstoffgewerbes** hielt sich auf der bisherigen Höhe. Vereinzelten Entlassungen aus der Sägewerksindustrie sowie der badischen Spankorbfabrikation, die 200 Arbeitern gekündigt und teilweise schon freigesetzt hat, stehen leichte Besserungserscheinungen in der Holzwarenbranche und in der Möbelindustrie gegenüber. Eine Fabrik für Klein- und Luxusmöbel in Stuttgart hat in der Berichtszeit ihre Belegschaft um 100 Arbeitskräfte erhöht.

Die Lage im **Nahrungs- und Genußmittelgewerbe** ist unterschiedlich. Während sich vereinzelt die badische Zigarrenfabrikation und Rohtabakindustrie leicht aufnahmefähig zeigte und größere Einstellungen plant, ist in der Schokolade- und Süßwarenfabrikation die saisonmäßige Besserung auf die Weihnachtszeit fast ganz ausgeblieben. Vorsorglich wurde von einigen Betrieben der badischen Zigarrenindustrie Stillegungsanzeige erstattet.

Mit der beginnenden Herbstsaison im **Bekleidungsgewerbe** haben sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für Maßschneider, Konfektionsschneiderinnen, Modistinnen und Kürschner gebessert. In der Schuhindustrie beabsichtigen zwei Großbetriebe auf Grund der Verordnung vom 5. September 1932 500 bzw. 100 Neueinstellungen vorzunehmen. Ein Betrieb der Spielwarenindustrie hat auf Grund dieser Verordnung seine Belegschaft bereits um 63 Arbeiter erhöht.

Im **Friseurgewerbe** lagen die Vermittlungsmöglichkeiten für Aushilfskräfte und perfekte Friseusinnen etwas günstiger als im Vormonat.

Im **Baugewerbe** war die Beschäftigung in den ländlichen Bezirken durchweg ungünstiger als in den Städten. Der Gesamtbestand an arbeitsuchenden Bauarbeitern belief sich Ende September auf 42 280 gegen 38 140 im Vorjahre.

Der **gastwirtschaftliche** Arbeitsmarkt erfuhr durch den Rückstrom der wegen Schließung verschiedener Sanatorien und Kurhäuser ausscheidenden Saisonkräfte eine geringe Belastung. Für männliches und weibliches Personal waren die Unterbringungsmöglichkeiten gering; nur in einigen Städten brachten größere Veranstaltungen vorübergehend eine örtliche Entlastung.

Im **Verkehrsgewerbe** lagen die Verhältnisse im Mannheimer und Kehler Umschlags- bzw. Hafenverkehr günstig. Dagegen nahm die Reichsbahn zahlreiche Entlassungen von Stamm- und Zeitarbeitern vor.

In den übrigen Berufsgruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Letzte Nachrichten

Beratungen des Reichskabinetts

Die Abrüstungskonferenz — Maßnahmen gegen Versammlungsstörungen

CNB. Berlin, 7. Okt. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten. Es liegt auf der Hand, daß es sich in erster Linie mit den wichtigen außenpolitischen Fragen beschäftigt, die mit der Abrüstungskonferenz und den englischen Bemühungen zusammenhängen, Deutschland wieder in den Kreis der Konferenz zurückzuführen.

Außerdem ist eine Reihe **wirtschaftlicher und innenpolitischer** Fragen akut. Ob es dabei schon heute zu Beschlüssen in der Frage der **subventionierten Betriebe** kommt, ist nach Ansicht unterrichteter Kreise unwahrscheinlich. Wichtig ist auch die Frage, ob die Reichsregierung irgendwelche **Maßnahmen** ergreift, die geeignet sind, den **Schutz politischer Versammlungen** zu gewährleisten. Dieses Problem wird durch die Vorgänge akut, die sich in den letzten Tagen in einer Reihe deutschnationaler Versammlungen begeben haben. Praktisch kommen zwei Wege in Frage. Das ist erstens die **Ausdehnung und Verschärfung der Bestrafung von Versammlungsstörungen,** und zwar so, daß der Begriff der Sprengung nicht nur auf Tätlichkeiten und Gewaltsamkeiten bezogen, sondern auch auf Sprechchöre und andere Störungsversuche ausgedehnt wird.

Die andere Möglichkeit liegt auf verwaltungsmäßigem Gebiet. Sie geht dahin, daß man **einer Partei für bestimmte Zeiten grundsätzlich jede Versammlungserlaubnis versagt,** wenn festgestellt wird, daß ihre Anhänger planmäßig Kundgebungen anderer Parteien gestört haben. In politischen Kreisen besteht kein Zweifel darüber, daß die Reichsregierung bei weiterem Andauern der Versammlungsstörungen entsprechend durchgreifen wird.

Der deutsche Kampf um Gleichberechtigung

Englands Konferenzpläne

WTB. London, 7. Okt. (Tel.) In einer vom Reuterschen Büro um Mitternacht ausgegebenen Meldung heißt es, von zuständiger Seite werde zu dem **Plan einer Konferenz zu Vieren** mitgeteilt, daß die **britische Regierung** ihre Besprechungen mit den anderen Mächten fortsetze und vorbehaltlos an ihrer Absicht **festhalte,** eine Zusammenkunft herbeizuführen, sobald eine solche zustandegebracht werden könnte.

*

Die **französische Presse** bemüht sich, die Schuld an einem etwaigen Scheitern des englischen Konferenzplanes der deutschen Regierung zuzuschieben. „Echo de Paris" glaubt, über einen **Stimmungsumschwung** innerhalb der **englischen Abrüstungsdelegation** berichten zu können und meint, daß die englische Delegation jetzt größeres Entgegenkommen für die deutsche Abrüstungsthese zeigen werde.

Aus **Washington** wird gemeldet, daß die Londoner Bemühungen, um Deutschlands Rückkehr zur Genfer Konferenz zu erreichen, im Staatsdepartement mit Interesse und mit der Hoffnung verfolgt werde, daß sie Erfolg habe, da man nach wie vor die deutsche Beteiligung an den Beratungen zur Erzielung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung für wesentlich hält. Amerika sei zwar bisher nicht aufgefordert worden, sich an den Londoner Besprechungen zu beteiligen, es wäre aber möglich, daß man, falls Europa das wünschen sollte, einen Vertreter entsenden würde.

Vom **deutschen Standpunkt** aus ist zu alldem lediglich festzustellen, daß wir weiter abwarten müssen, ob die englischen Bemühungen Erfolg haben. Das ist in erster Linie eine Frage, die zwischen **England** und **Frankreich** abzumachen ist.

Die Minderheitenfrage in Genf. Der politische Ausschuß der Völkerbundsversammlung beendete am Donnerstag die große Aussprache über das Minderheitenschutzverfahren mit dem Beschluß, einen Bericht auszuarbeiten, in dem die Debatte ihren Abschluß finden soll.

Wirtschaftliche Umschau

Industrie und Agrarpolitik. — Die Zwangslage Deutschlands. — Kommt Belebung?

Das **Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung** wird von den **industriellen Verbänden** und den **Handelskammern** durchweg lebhaft begrüßt, und zwar mit der Begründung, daß es eine Politik einleite, welche wieder mehr zur Privatwirtschaft hinführe und eine Abkehr der Politik des Staatssozialismus bedeute, die seit dem Kriegsende offensichtlich das Übergewicht gewonnen habe. Freilich äußern sich die industriellen Verbände durchweg besorgt wegen der beabsichtigten **Agrarpolitik** mit den geplanten Kontingentierungen der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Sie halten aber fast überall in immerhin bemerkenswerter Weise mit ihrer Kritik zurück, um die Verhandlungen der Reichsregierung mit den anderen Staaten, die gegenwärtig im Gange sind, nicht zu stören und noch mehr zu erschweren. Der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Spitzenorganisation der Handelskammern, erklärte jedoch gestern, daß es dem Hauptziel der auf Überwindung der Arbeitslosigkeit gerichteten Politik widersprechen würde, wenn gleichzeitig auf handelspolitischem Gebiete die Arbeitsbeschäftigung für Ausfuhrzwecke, in der zur Zeit etwa drei Millionen Menschen stehen, durch Maßnahmen der Einfuhrhemmung beeinträchtigt würde.

*

Die erheblichen Schwierigkeiten der Durchführung der Agrarkontingente sind gerade in der letzten Zeit offenbar geworden. (Wir berichten darüber an anderer Stelle unseres Blattes.) Zunächst sind es solche europäische Staaten, die von uns viele industrielle Produkte und Fertigwaren beziehen, wie Holland, die nordischen Länder, Italien, die sich durch die Kontingentierung unserer Einfuhr besonders getroffen fühlen, teils Gegenmaßnahmen androhen und bereits durchführen, teils mit anderen Industriestaaten, vor allem England in Verbindung treten, wobei auch verschiedentlich durch private Organisationen in diesen Ländern ganz unverhohlen gegen die deutschen Waren und die deutsche Einfuhr Stimmung gemacht wird. Solche Tendenzen halten auch in solchen Ländern an, die schon längst — wie Frankreich und die Schweiz — die Einfuhr aus Deutschland einzuschränken bemüht sind. Von **badischen Handelskammern** ist immer wieder auf diese Sachlage hingewiesen worden, zuletzt von der Handelskammer Schopfheim, die das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung gleichfalls begrüßt, jedoch nur unter der Bedingung, daß die natürlichen Wirtschaftserfordernisse nicht mißachtet werden und die Auslandsmärkte für die deutsche Industrieproduktion nicht weiter gefährdet werden. Es wird u. a. in einem Bericht dieser Handelskammer gesagt, daß die oberbadische Textilindustrie, die sehr auf den Export angewiesen ist, in der Einführung agrarischer Einfuhrkontingente eine neue Bedrohung ihrer Existenz sehe. Baden hat eben eine sehr ausgedehnte Fertigwarenindustrie und ist mit ihr, das bedingt schon der Grenzlandcharakter unseres Landes, besonders auf die Ausfuhr angewiesen. Verschiedene Handelskammern, auch die Schopfheimer und die Pforzheimer stellen übrigens eine **leichte Besserung** in verschiedenen Branchen fest, wenn sie auch, wie in Pforzheim auf deren saisonmäßigen Charakter hingewiesen wird, während die Ver-

Wendung der Zahl der Arbeitslosen z. T. auf die Zunahme der Kurzarbeit zurückgeführt wird.

Die **badische Landwirtschaft** andererseits weist darauf hin, daß gerade sie an der Kontingentierung der landwirtschaftlichen Einfuhr besonders interessiert sei. Baden, das Land kleinbäuerlichen Besitzes, in dem Obst, Gemüse und viele Handelsgewächse sowie die Erzeugnisse der Milchwirtschaft und des Waldes im Vordergrund stehen, könne die gleiche Förderung verlangen, wie sie dem Getreide, das doch vor allem Haupterzeugnis der landwirtschaftlichen Großproduktion im Osten und Norden Deutschlands sei, zuteil geworden sei. Die Liste der für die Kontingentierung in Aussicht genommenen Produkte, sei übrigens vom badischen landwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, noch nicht einmal als vollständig anzusehen. Die Kontingentierung, die den Zweck habe, bei bestimmten Waren ohne Rücksicht auf den Zoll nur begrenzte Mengen zur Einfuhr zuzulassen, sei jedoch derart zu gestalten, daß sie es der heimischen Produktion ermögliche, **allmählich** den Bedarf z. B. in Obst, Gemüse in immer stärkerem Grad aus dem heimischen Boden zu decken, und zwar unter Anpassung an die jeweilige Erntelage, um leichtverderblichen deutschen Waren den prompten Absatz zu sichern.

Von landwirtschaftlicher Seite wird auch darauf hingewiesen, daß der deutsche Industrieexport auch ohne jede Agrarschutzzollpolitik einen Rückgang erfahren hätte, weil eben nicht nur die Kaufkraft in der Welt gesunken sei, sondern das Ausland ganz offensichtlich bemüht sei, sich in steigendem Maße in der industriellen Produktion auf eigene Füße zu stellen. Angesichts dieser Lage sei die Industrie seit langem bemüht, sich durch **besondere Qualitätsproduktion** mit nicht wegzuleugnenden Erfolgen dem Ausland unentbehrlich zu machen, und in dieser Zwangslage werde sie auch bleiben.

*

Es wird überall anerkannt, daß sich Deutschland nach beiden Richtungen hin in einer **Zwangslage** befindet, sowohl was die Agrarschutzzollpolitik, wie auch die Exportpolitik für industrielle Waren anlangt. Die jetzigen Vorkommnisse und Schwierigkeiten bei der Durchführung der Kontingentierung der Agrarreform, zeigen aber, wie schwer es für unsere Handelspolitik ist, den richtigen Weg zu finden. Deutschland ist eben eines der größten Industrieländer geworden. Wenn auch die Siedlung und die Intensivierung der Landwirtschaft noch viele Möglichkeiten bietet, so ist nicht zu übersehen, daß, selbst wenn wir in vielen Lebensmitteln, wie nun jetzt beim Getreide, imstande sind, den eigenen Bedarf zu decken, gleich die Gefahr einer Überproduktion mit entsprechendem Preisdruck auf die einheimische Ware sich einzustellen beginnt, und daß Deutschland deshalb nicht aus der Weltwirtschaft flüchten kann, weil eine **reine** Autarkie den Millionen von der Industrie lebenden Deutschen nach der schließlich eintretenden Übersättigung der Landwirtschaft nicht weiter Brot und Lohn geben könnte. Auch sind gerade Länder, die neben einer hochentwickelten Landwirtschaft auch eine bedeutende Industrie haben, unsere Hauptabnehmer für industrielle Waren geblieben, und werden es vor den rein agrarischen Ländern bleiben, weil sie eine große Konsumkraft und einen stärkeren Bedarf für hochwertige Industrieerzeugnisse haben. Unsere enge Verflechtung mit der Weltwirtschaft läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Sie wird uns auch schließlich wieder zum Segen gereichen, wenn sich im Wechsel von Krise und Hochkonjunktur, wie er immer vorhanden war, die allgemeine Weltwirtschaftslage wieder durchgreifend gebessert hat.

*

Die vorliegenden Meinungsäußerungen über die **Gesamtwirtschaftslage Deutschlands** sind ziemlich vorsichtig gehalten, was schon daraus zu erklären ist, daß wir nicht nur von Neueinstellungen, sondern auch von Stillegungen hören. Eine unter Mitwirkung der Handelskammern und Wirtschaftsverbände vom preußischen Handelsministerium herausgegebene Übersicht, spricht in einem Rückblick über den September davon, daß in diesem Monat **Anzeichen** auftraten, daß der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise überwunden sei. Jedoch wird auf die Befürchtungen hingewiesen, daß innerpolitische Ereignisse neue Beunruhigung in die Wirtschaft hineintragen und die schwachen Keime der Belebung erneut vernichten könnten. Diese Übersicht erklärt, daß in der Eisenindustrie und in einzelnen Teilen des Bergbaus, aber auch in der Textilindustrie und in einigen wenigen Gebrauchsgüterindustrien, sich eine gewisse Belebung zeigte.

Was die eigentliche **Schwerindustrie** jedoch anlangt, so wird in Privatberichten aus Westdeutschland darauf hingewiesen, daß hier noch keine nennenswerten Arbeitereinstellungen vorgenommen worden sind und höchstens stimmungsmäßige Belebungsanzeichen wahrgenommen werden könnten. Es wolle nicht viel heißen, wenn z. B. die Vereinigten Stahlwerke, die ja noch immer rund 80 000 Mann beschäftigen, an einigen Punkten ihrer weitverzweigten Produktionsbetriebe da und dort 100 oder 150 Arbeiter neu einstellten. Von den rund 4000 Neueinstellungen im Bezirk des Schlichters von Westfalen entfallen kaum ein Viertel auf die Schwerindustrie und noch viel weniger auf den Ruhrbergbau. Dieser Bericht wie andere Berichte glauben, daß zunächst die **verarbeitenden Industrien** Aufschwungsmöglichkeiten haben, für die sich ja verschiedenartige Anzeichen zeigen, so daß die Rohstoff- und Schwerindustrie auf jeden Fall erst später, wenn sich eben der Bedarf steigert und anhält, von diesem Aufschwung Nutzen haben könnten. Das trifft auch größtenteils für die Reichsbahnaufträge zu, da die Schienenaufträge nicht sehr umfangreich sind, aber sich bei der Kleineisen- und Waggonindustrie mit der Zeit Bedarf zeigen wird, zumal die Läger des Handels ziemlich knapp sind.

Im übrigen steht die deutsche Wirtschaft zur Zeit auf einem **ziemlich unveränderten Niveau**, was u. a. in einem Bericht der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft zum Ausdruck kommt. Der Erfolg der Notverordnung werde von der Möglichkeit abhängen, die **Steuergutscheine in Arbeit umzusetzen**, und die Auswirkungen des Steuergutscheinsystems seien frühestens Ende Oktober zu erwarten, wenn die Wirtschaft zur Verwertung des neuen Kreditinstruments schreiten könne. In der Kontingentierungsfrage landwirtschaftlicher Erzeugnisse müßten Nutzen und Schaden sehr sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Solange Millionen Deutsche unmittelbar und mittelbar von der Ausfuhr leben, werde vieles für Deutschland von der weltwirtschaftlichen Gesundung abhängen, und hier stützen sich die Hoffnungen vor allem auf die weitere Festigkeit auf den internationalen Rohstoffmärkten (die allerdings für die deutsche Produktion durch Verteuerung der Rohstoffe zunächst Erschwerungen bringen müssen).

In der **Industrie** werden zum Steuergutscheinsystem noch zahlreiche und mannigfache Bedenken geäußert, vor allem das, daß es der **Spekulation** gelingen könnte, Steuergutscheine möglichst billig zu erwerben und so den Vorteil einzustecken, der der produzierenden Wirtschaft zugedacht ist. Das wird nur verhindert werden, wenn es dem Reich gelingt, dauernd die Steuergutscheine, die ja börsenmäßig gehandelt werden, auf einen stabilen Kursstand, notfalls auch durch entsprechende Stützungen zu erhalten, so daß sie eben kein Spekulationspapier werden können.

* * *

Giedlung und Osthilfe

Eine Rede des Reichsernährungsministers

WTB. Breslau, 7. Okt. (Tel.) In seiner Rede, die der Reichsernährungsminister Frhr. v. Braun heute auf dem Verbandstag der niederschlesischen landwirtschaftlichen Genossenschaften hielt, entwarf er ein Bild von dem gegenwärtigen Stand der Siedlung und der Osthilfe.

Der Minister stellte fest, daß das Siedlungsergebnis bis zum 30. September keinen Rückschritt, sondern eine **Beschleunigung** der Siedlung gebracht habe. Unbedingte Voraussetzung für jede vernünftige Siedlung sei die **Rentabilität** der **Landwirtschaft.** Deshalb habe die Reichsregierung über die im Rahmen des Reichsetats ausgeworfenen 50 Millionen RM. hinaus weitere 50 Millionen RM. für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt, deshalb habe die Reichsregierung in Aussicht genommen, die Jahresleistungen der Siedler ab 1. Juli für die nächsten zwei Jahre von 5 auf 3½ Proz. zu ermäßigen, wobei es sich allerdings nur um eine vorübergehende Maßnahme handele. Der Minister kündigte an, daß die Reichsregierung im Winter eine **Neuorganisation des Siedlungswesens** vornehmen werde. Mit dem preußischen Domänenfiskus seien ferner Verhandlungen eingeleitet worden über eine Vereinbarung, nach der der Domänenfiskus **siedlungsfähige Domänen** hergeben soll.

Nach einem Hinweis auf die bisherige Entwicklung der **Osthilfe,** die keinen allgemein befriedigenden Verlauf genommen habe, besprach der Minister drei Maßnahmen, die zu einer Beschleunigung der **Entschuldungsverfahren** führen sollen. Die Reichsregierung beabsichtige, die **Forderungen der Genossenschaften** an zu entschuldende Betriebe des Osthilfegebietes durch eine **Pauschalsumme abzulösen,** die baren Entschuldungsmittel bis auf 40 Proz. zu erhöhen und schließlich werde auch die von der Reichsregierung verordnete **Zinssenkung** das Osthilfeverfahren beschleunigen.

Der Minister gedachte zum Schluß des **Reichspräsidenten,** des Siegers von Tannenberg, der heute klar und unbeirrt wie ein alter, wetterfester Lotse sein Schiff durch die Klippen steuere, und betonte, daß es für ihn eine unauslöschliche Erinnerung bleibe, wie Hindenburg mit innerster Anteilnahme sich alle Pläne zur Förderung der Landwirtschaft vortragen ließ und sie in seiner immer wieder aufs neue verblüffenden Klarheit eingehend besprach.

Freispruch im Charlottenburger Prozeß

Das **Berliner** Sondergericht sprach die **neun kommunistischen Angeklagten** im sog. **Röntgenstraßen-Prozeß** auf Kosten der Staatskasse **frei.** Es handelte sich um den Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am 29. August d. J. in der Röntgenstraße in Charlottenburg, in dessen Verlauf der Nationalsozialist Gatschke erschossen und zwei andere verletzt wurden.

In der **Begründung** führte das Gericht aus, daß die Vorfälle vom 29. August **recht ungeklärt** geblieben seien. Daß sowohl von den Kommunisten als auch von den Nationalsozialisten **geschossen** worden sei, stehe fest, aber es sei unklar, wer den ersten Schuß abgegeben habe. Da weder Landfriedensbruch noch Zusammenrottung zum Zwecke von Gewalttätigkeiten vorliege, hätten die Angeklagten in vollem Umfange freigesprachen werden müssen.

Versailler Vertrag als Schulkatechismus abgelehnt. Der Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtags lehnte einen deutschnationalen Antrag, die Friedensbestimmungen von Versailles in den Schulen in der Form eines Katechismus zu verteilen, gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten ab. Abgelehnt wurde auch ein vorher eingebrachter Antrag, wonach die kapitalistische und machtpolitische Einstellung des Versailler Vertrags in dem betreffenden Schulkatechismus betont werden sollten.

Der neue Rundfunksender Frankfurt a. M. ist fertiggestellt und hat bereits mehrere Probesendungen veranstaltet. Die endgültige Inbetriebnahme verzögert sich jedoch dadurch, daß die Wellen zwischen dem Frankfurter und Leipziger Sender getauscht werden müssen, und der neue Leipziger Sender noch nicht in Betrieb genommen werden kann. Die für Frankfurt bestimmte Welle des alten Senders wird aber dann erst frei.

Beneidenswertes Deidesheim. Die Stadt Deidesheim in der Pfalz gehört zu jenen glücklichen Gemeinden, deren Jahresrechnung nicht mit einem Defizit, sondern mit einem ganz schönen Überschuß abschließt, trotz der großen Wohlfahrtslasten von über 27 000 RM.

Vor schwierigen Entscheidungen

Die Kontingentsfrage — Landwirtschaft gegen Kompromisse

In den Berliner politischen Kreisen beschäftigt man sich, nachdem nunmehr genauere Nachrichten über den Gang der Verhandlungen der **deutschen Kontingentierungs-Kommission** in **Holland** vorliegen, mit den großen handelspolitischen Problemen, die jetzt immer **ernstere Gestalt** annehmen. Wie groß die Gefahren nach dem Mißerfolg im Haag sind, Gefahren, die möglicherweise sogar die Zusammensetzung des Reichskabinetts bedrohen, zeigt die Ansicht, die nun in den Kreisen des **Reichslandbundes** vertreten wird, denn von dieser Seite erklärt man uns, daß irgendein Kompromiß in der Kontingentierungsfrage mit dem Ausland nicht in Frage komme, und daß man jedes Nachgeben der Regierung sofort mit dem **rücksichtslosesten Kampf** beantworten würde.

Was dies bedeutet, ist nur allzu klar angesichts des bevorstehenden **Wahlkampfes,** denn dadurch würde die Regierung und vor allem die **Deutschnationale Partei** in eine äußerst schwierige Lage kommen. Man nimmt auch weiter an, daß, wenn sich das Kabinett doch zu irgendeinem Nachgeben oder einem Kompromiß entscheiden sollte, der Reichsernährungsminister daraus die Konsequenz seines Rücktrittes zieht.

Nicht minder scharf ist die Stellung der **Industrie,** die den negativen Ausgang in Holland, den dort der Versuch der Kontingentierungsverhandlungen erfahren hat, von vornherein erwartete, wenn man auch über die besonders schroffe Form, mit der die holländische Regierung Front gegen Deutschland machte, recht enttäuscht ist. Während in den Kreisen der Landwirtschaft von einem Rücktritt von **Brauns** gesprochen wird, sieht man in Kreisen der Wirtschaft die Möglichkeit, daß der Reichswirtschaftsminister **Warmbold** eine ähnliche Konsequenz zieht, wenn Deutschland ein Außenhandelskrieg auf mehreren Fronten aufgezwungen werden sollte.

So ist die Stimmung **äußerst gespannt** und sie wird es noch einige Zeit bleiben, denn das Reichskabinett, bei dem nunmehr die große Entscheidung liegt, wird frühestens in der kommenden Woche Stellung nehmen können. Die Kontingentierungsdelegation ist zur Zeit in **Rom,** wo man wenigstens Teilerfolge zu erreichen hofft, sie will dann nach **Paris** und **Kopenhagen,** doch spricht man von der Möglichkeit, daß die Delegation unmittelbar von Rom nach Berlin zurückkehrt.

Nächste Woche Reichsratsverhandlungen

Nachdem der Termin für die Verfassungsstreitsache zwischen dem Reich und Preußen vor dem Staatsgerichtshof nun auf den 10. Oktober festgesetzt ist, dürfte der **Reichsrat** im Laufe dieser Woche nicht mehr zusammentreten. Wie wir weiter hören, dürfte der Reichsrat dagegen nach erfolgter Entscheidung des Staatsgerichtshofes seine Beratungen mit aller Beschleunigung wieder aufnehmen. Es ist nicht anzunehmen, daß in den ersten Reichsratssitzungen bereits die Frage der Verfassungsreform auf der Tagesordnung steht.

Wiedereinstellung von über tausend entlassenen Eisenbahnarbeitern. Die Reichsbahndirektion **Altona** hat beschlossen, zunächst für zwei bis drei Monate größere Einstellungen von Arbeitern vorzunehmen, und zwar handelt es sich bei diesen Einstellungen um etwa 800 Zeitarbeiter und 230 Stammarbeiter. Es sind Arbeiter, die Anfang September entlassen wurden und jetzt wieder für die Dauer von zwei bis drei Monaten Beschäftigung finden werden.

Die NSDAP. hat einen eigenen **Reichswirtschaftsrat** eingerichtet, zu dessen Vorsitzenden Gottfried **Feder** bestimmt wurde.

Abberufung von Sowjetbotschaftern. Nach Moskauer Blättermeldungen wurden die sowjetrussischen Botschafter in England und Italien auf ihre eigene Bitte von ihren Posten abberufen.

Nationalsozialisten stören deutschnationale Versammlungen. Die DNVP. veranstaltete gestern abend in **Berlin** 8 Wahlversammlungen, bei denen es überall zu heftigen Lärmszenen und Störungsversuchen durch **nationalsozialistische** Versammlungsbesucher kam. Die Polizei mußte eingreifen und die Ruhestörer entfernen, teilweise geschah dies unter Anwendung des Gummiknüppels.

Bei einer deutschnationalen Versammlung in der „Neuen Welt" in **Berlin** kam es am Donnerstagabend zu einer schweren **Saalschlacht.** Gleich zu Beginn der Versammlung versuchten die anwesenden **Nationalsozialisten** durch Zwischenrufe die Versammlung zu stören. Im Nu hatte sich eine Schlägerei entwickelt; Stühle, Biergläser, Aschenbecher usw. wurden als Wurfgeschosse benutzt. Einige Versammlungsteilnehmer wurden erheblich verletzt.

In Berliner politischen Kreisen hört man zu den sich häufenden Versuchen, **Wahlversammlungen** zu terrorisieren, daß die Regierung keineswegs gewillt sei, sich dem Terror einzelner Parteien und ihrer Organe zu beugen. Vielmehr wird darauf aufmerksam gemacht, daß die **Notverordnung mit ihren schweren Strafen** noch in Kraft ist und unnachsichtig angewendet werden wird.

Kleine Chronik

Unter dem Jubel der Bevölkerung von Batavia ist das deutsche Dornier-Flugboot unter der Führung des Weltfliegers Wolfgang **von Gronau** Donnerstagmittag in **Batavia** gelandet.

Der Raketenforscher **Winkler,** der mit einem großen Modell einer **Weltraumrakete** von der Frischen Nehrung in Ostpreußen aus Startversuche mit weitgehender Unterstützung der Öffentlichkeit macht, hat einen neuen **Mißerfolg** zu verzeichnen. In der vorigen Woche kam es trotz des großen Aufgebots von Absperrungen zu keinem Aufstieg, weil das Zuführungsrohr für den verflüssigten Betriebsstoff (Methan und Sauerstoff) vereist war, und am Donnerstag gab es nach einem Start mit Hindernissen eine **Explosion,** die das Raketenmodell völlig zerstörte. Winkler nimmt an, daß durch irgendeine Undichtigkeit der Brennstoffbehälter versagte und außerhalb des Verbrennungsraumes explodierte.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde am Donnerstag in **Berlin** der 34jährige Bankbeamte Emeran **Sedlmaier,** wegen Vergehens gegen die Devisenverordnung und wegen schwerer Urkundenfälschung zu **drei Jahren vier Monaten Gefängnis** und 100 000 RM. Geldstrafe, der Mitangeklagte Straßenhändler Adam **Neuhauser** wegen Beihilfe zu zehn Monaten Gefängnis und 500 RM. Geldstrafe verurteilt. Sedlmaier hatte für insgesamt 5 323 700 RM. Effekten verschoben.

In einem **Mordprozeß** in **Bielefeld** wurden zwei **Autobanditen,** die auf der Flucht einen Polizeibeamten getötet hatten, **zum Tode** verurteilt.

In **Bozen** (Südtirol) wurde der Ravensburger Chauffeur Karl **Steuber,** der im August mit seinem Autobus bei Mals im Vintschgau verunglückte, wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu **drei Jahren 15 Tagen Zuchthaus** verurteilt. Als das Urteil übersetzt wurde, brach Steuber ohnmächtig zusammen. Das Unglück hatte fünf Personen das Leben gekostet, zwölf waren mehr oder minder schwer verletzt worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurze Nachrichten

Professor Hesnard abberufen. Der fast seit Kriegsende als Presseattachée der Berliner französischen Botschaft tätige Professor, Dr. **Oswald Hesnard**, der namentlich in der Zeit der Briand-Stresemannschen Zusammenarbeit als Vermittler wie als Dolmetscher ihrer Unterhaltungen eine bedeutende Rolle gespielt hat, verläßt, wie wir erfahren, mit Anfang nächsten Jahres seinen Posten, um das Rektorat der Universität Grenoble zu übernehmen und seine philosophischen und philologischen Studien schriftstellerisch und als Universitätslehrer zu verwerten.

Erhöhung des linken Rheinufers in der Pfalz. Im Arbeitsbeschaffungsprogramm des Straßen- und Flußbauamts **Speyer** wurde die Erhöhung des linken Rheinufers auf Pegelhöhe von 7 m von der Schiffbrücke in Maximiliansau bis Kilometer 14 in der Gemarkung Wörth angesetzt. Den Anträgen der Gemeinde Wörth auf Erstellung eines Rheindammes wurde Rechnung getragen.

Der Deutschnationale Parteivorstand nahm am Schluß seiner Beratungen eine Entschließung an, in der nochmals betont wird, daß die Tore der Deutschnationalen Volkspartei für alle Deutschen weit geöffnet seien, die sich mit ihr in ihren gleichen Zielen verbunden fühlen.

Der Deutsche Nationalverein erklärt zur kommenden Reichstagswahl, daß er den Versuch gemacht habe, die Parteien der bürgerlichen Mitte zusammenzuführen, um erneuter Zersplitterung vorzubeugen. Dieser Versuch sei mißlungen. Eigene Wahlbeteiligung lehne der Deutsche Nationalverein ab. Er erwartet aber von seinen Mitgliedern und Freunden, daß sie alles daransetzen, um zu verhindern, daß der Wahlkampf mit Erbitterung zwischen den Splittern der Mittelparteien geführt wird. Der Kampf habe den radikalen Parteien rechts und links zu gelten.

Bevorstehende Einweihung der Stauwerke bei Kembs. Der Präsident der französischen Republik begibt sich am Sonntag nach dem Oberelsaß, um die neuen **Stauwerke bei Kembs** einzuweihen. Er wird vom Ministerpräsident **Herriot**, dem Minister für öffentliche Arbeiten, **Deladier**, und vom Pensionsminister **Berthelot**, begleitet werden. Die Reise führt auch nach Mülhausen und dem Hartmannsweilerkopf.

Badischer Teil

Die Schwierigkeiten in der Maxauer Brückenfrage

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Badische Presse in ihrer Donnerstag-Abendausgabe eine Unterredung eines Redaktionsmitgliedes mit dem badischen Finanzminister Dr. **Mattes**, der u. a. erklärte:

„Die Bestrebungen zum Bau von neuen Rheinbrücken sind schon viele Jahre alt. Unter Führung des Reiches wurde der Plan gefaßt, alle drei Rheinbrücken zu bauen. Schon im Jahre 1926 machte sich ein gewisser Interessengegensatz bemerkbar. Die Reichsbahn zeigte für die Brücken bei **Maxau** und **Speyer** ein wesentlich geringeres Interesse, als für die Mannheimer Brücke, und von bayrischer Seite wurde ein möglichst frühzeitiger Bau der Speyerer Brücke angestrebt. Schließlich einigte man sich auf die Reihenfolge Mannheim, Maxau, Speyer, wobei sich Bayern die Zustimmung zum Baubeginn vorbehielt."

Der Minister fuhr dann fort, er habe sich zunächst dafür eingesetzt, daß die Pläne für die **Maxauer Brücke** möglichst rasch fertiggestellt würden, was zu Beginn des Jahres 1932 im wesentlichen erreicht war. Das erste Hindernis, das sich dem Bau der Maxauer Brücke entgegenstellte, war die Mitteilung der bayerischen Regierung, daß sie zur Zeit keine Mittel für die Maxauer Brücke zur Verfügung stellen könne. Er, der Minister, erklärte sich bereit, dafür einzutreten, daß Baden den bayerischen Anteil an den Maxauer Brückenkosten vorschüßlich leiste. Für das laufende Jahr seien in den Reichsetat nur 900 000 *RM* für den Bau **sämtlicher Rheinbrücken** eingestellt. Würde das Reich in den nächsten Etat auch **nicht mehr** einstellen und würde das auch später so bleiben, so wäre allein für die Maxauer Brücke eine **Bauzeit von etwa sechs Jahren** erforderlich. Das Angebot Badens, den bayerischen Anteil an den Maxauer Brückenkosten vorschüßlich zu leisten, sei aber inzwischen gegenstandslos geworden, da Bayern die erforderlichen Kreditmittel nun selbst beschaffen wird.

Mit dem Bau der **Maxauer Brücke**, fuhr der Minister fort, könne also begonnen werden, wenn **Bayern** seine **Zustimmung** zum Baubeginn geben würde. Dazu sei aber Bayern **zur Zeit noch nicht bereit.** In Berlin habe man vor allem an Mittel aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm und aus anderen Quellen gedacht. Dieser Weg werde zur Zeit unter Führung des Reichsverkehrsministeriums geprüft. Die Frage des **Baubeginns bei Speyer** sei eine Angelegenheit der **Finanzlage des Reiches und der Reichsbahn** in den nächsten Jahren. Die endgültige Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbahn zu dieser Frage sei noch offen.

Falle die Antwort **günstig** aus, dann könne in **kurzer Zeit** der Brückenbau in **Maxau** und etwas später auch in **Speyer** in Angriff genommen werden. Sei aber die Zustimmung der Reichsstellen zum Baubeginn in Speyer nicht zu erreichen, so werde insofern eine **neue Lage** eintreten, als sich Bayern darüber schlüssig werden müßte, ob es dem Baubeginn in Maxau auch dann noch seine Zustimmung versagen wolle, wenn aus finanziellen Gründen im Augenblick der Beginn des Speyerer Brückenbaues nicht zu erreichen sei.

Tagungen

Der Bundestag der Deutschen Friedensgesellschaft wird in diesen Tagen, vom 14. bis 16. Oktober, in **Bruchsal** abgehalten werden, wozu Vertreter aus dem ganzen Reiche erscheinen. Für Samstag, 15. Oktober, ist eine öffentliche Kundgebung für den Weltfrieden vorgesehen, in welcher u. a. General a. D. **von Schoenaich** spricht.

Die Standesbeamten Badens haben am 1. Oktober in **Bühl** getagt. Aus dem ganzen Lande Baden waren Vertreter dieser Standesgruppe erschienen, und auch der Reichsbund der Standesbeamten Deutschlands war durch seinen Bundesdirektor **Krutina** vertreten. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand ein zweistündiger Vortrag des Amtsgerichtsrats Dr. **Delcker** (Bruchsal) mit dem Thema „Aus der Praxis der badischen Standesbeamten".

Der Badische Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge hält am Montag, den 17. Oktober im Rosengarten in Mannheim seine diesjährige Landesversammlung ab. Im Mittelpunkt steht ein Vortrag des Direktors des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Züchtungsforschung, Professor Dr. Erwin **Baur**, über „Wie läßt sich die fortschreitende Degeneration der Kulturvölker aufhalten?", und ein weiterer Vortrag des Direktors des Kinderkrankenhauses in Karlsruhe, Professor Dr. Franz **Luft**, über „Schutzimpfungen als vorbeugende Maßnahmen gegen die ansteckenden Krankheiten im Kindesalter".

Gute Mittelernte in Baden

Der Witterungsverlauf im Monat September war für die Landwirtschaft im großen und ganzen nicht ungünstig. Die notwendigen Feldarbeiten konnten ordnungsgemäß durchgeführt werden. Im letzten Drittel wurden allerdings die Arbeiten durch das regnerische Wetter etwas aufgehalten. Die **Tabakernte** ist beendet, ebenso die **Hopfenernte**. Gegen Mitte des Monats wurde allenthalben mit der **Kartoffelernte** begonnen. Die **Öhmdernte** ist geborgen.

Nach den bis jetzt vorliegenden Druschergebnissen ist die diesjährige **Getreideernte** als gute Mittelernte zu bezeichnen. Die **Kartoffelernte** verspricht im allgemeinen recht gut zu werden. Auch die Entwicklung der **Futter- und Zuckerrüben** ist im großen und ganzen zufriedenstellend. Stoppelrüben zeigen einen recht guten Stand. Die Erträge der **Wiesen- und Ackerfutterschläge** befriedigten im allgemeinen sehr. Die Ernteaussichten im **Weinbau** können als mittel bis geringer bezeichnet werden. In bezug auf die Qualität sind die Aussichten bei nicht zu früher Lese günstig. Durch Unwetter sind in einzelnen Gebieten Fehlernten bzw. nur geringe Ergebnisse zu erwarten. Die an und für sich kleine **Kernobsternte** ist durch Stürme und Hagelwetter der letzten Zeit noch verringert worden. Vorschriftsmäßig durchgeführte Schädlingsbekämpfung zeigt überall im Land schöne, zum Teil hervorragende Erfolge. Die **Spätzwetschgenernte** ist im allgemeinen gut, die Preise zum Teil sehr gedrückt. Der unter Dach hängende **Tabak** zeigt infolge des günstigen Witterungsverlaufes eine hervorragende Beschaffenheit.

Die Lage der **Rindviehzucht und -haltung** war auch im September sehr ungünstig. Das Angebot auf den badischen Schlachtviehmärkten war im Verhältnis zur Nachfrage zu reichlich, so daß bei sinkenden Preisen die Märkte nicht geräumt werden konnten. Auf unseren Märkten machte sich der Abtrieb von den norddeutschen Weiden nachteilig bemerkbar.

Gesundheitsregeln für den Herbst

Vom Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung in Preußen wird geschrieben:

Die schönen Tage des Herbstes machen uns den Abschied vom Sommer schwer. Wir wollen es noch nicht wahrhaben, daß die warme Jahreszeit vorüber ist und lassen uns dadurch im Herbst oft zu Torheiten verleiten, die wir mit einem Schnupfen, einem Hexenschuß, einem Blasenkatarrh, wenn nicht mit schwererer Erkrankung, büßen müssen. Da heißt es also aufpassen und sich einige Gesundheitsregeln für den Herbst zu eigen machen.

Zunächst müssen wir in der Auswahl unserer Kleidung den scharfen Temperaturgegensätzen der herbstlichen Witterung gebührend Rechnung tragen. Am Morgen und am Abend vergesse man nicht, den Mantel anzuziehen oder wenigstens für den Bedarfsfall mitzunehmen. Auch empfiehlt es sich, schon ein wenig wärmeres Unterzeug, d. h. möglichst wollene Unterkleidung, besonders bei feuchtem oder nebligem Wetter zu tragen. Das vom Sommer her gewohnte lange Sitzen im Freien und besonders am Abend muß man vermeiden, dagegen ist ein herbstlicher Spaziergang, der das Blut in Umlauf bringt, durchaus zu empfehlen. Hat uns ein plötzlicher Regenguß überrascht, dann säume man nicht, zu Hause angelangt, Schuhe und Strümpfe zu wechseln.

Ob man im Herbst schon heizen soll, ist eine Frage, die weniger der Kalender, als vielmehr das Zimmerthermometer beantworten sollte. Auch darf dabei niemals vergessen werden, daß blutarme Menschen und alte Leute leichter frieren als andere.

Es wird zweckmäßig sein, die Kost im Herbst etwas fettreicher zu gestalten, im übrigen sollte man für die Ernährung die Gaben der Jahreszeit, vor allem aber frisches Obst und frische Gemüse, solange sie noch zu haben sind, bevorzugen und sich so Nährstoffe, die uns im Winter fehlen, gleichsam auf Vorrat einverleiben.

Ein falscher Ehrgeiz ist es, sich im Herbst „abhärten" zu wollen und die Tücken der herbstlichen Witterung unbeachtet zu lassen. Wer nicht den Frühling und Sommer dazu benutzt hat, der darf sich nicht wundern, wenn er dem Heer der Herbstkrankheiten zum Opfer fällt.

Fahrpreisermäßigung zum Besuch von Theater- und Orchesterveranstaltungen

Die während der Winterspielzeit 1931/32 den auswärtigen Besuchern der Theater in Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Baden-Baden und Freiburg an Mittwochnachmittagen von der Reichsbahn gewährte Fahrpreisermäßigung (Sonntagskarten für Hin- und Rückfahrt) ist unverändert ab den gleichen Bahnhöfen nach obengenannten Städten auch während der Spielzeit **1932/33** aufrechterhalten worden.

Warnung vor einem Betrüger

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** In letzter Zeit erschienen in einigen badischen Tageszeitungen Annoncen, nach welchen ein angeblicher Überseedeutscher für seine zwei Mädchen „Deutsche Erziehung" suchte und als Entgelt bis zu 400 RM. monatlich bot. Der Interessent mußte seine Offerte an eine Annoncenexpedition in Zürich einsenden und erhielt später von einem angeblichen Zuest aus Lissabon die Nachricht, man möge 10 *RM* für die zu beschaffende Auskunft über den Interessenten einschicken. Der Schwindler hat es nur auf die 10 *RM* abgesehen.

Das Badische Landespolizeiamt warnt vor Aufnahme von Beziehungen zu dem angeblichen Zuest und bittet, etwa schon Geschädigte, ihre Adresse und den Sachverhalt mitzuteilen.

Gemeinderundschau

Der städtische Voranschlag von Bretten weist einen Fehlbetrag von rund 113 000 RM. auf, für den keine Deckungsvorschläge gemacht werden können. Der Gemeinderat hat den Voranschlag abgelehnt.

Umbau der Murgtalstraße. Die Murgtal-Staatsstraße Freudenstadt-Gernsbach wird in ihrem oberen Teile einem umfangreichen Umbau unterzogen werden. Zunächst wird eine Strecke von etwa 4 Kilometer oberhalb **Raumünzach** umgebaut werden. Zu diesem Zweck müssen 5300 Kubikmeter Erde und Fels ausgehoben werden; allein 1600 Kubikmeter Felsgestein müssen abgetragen werden, um eine entsprechende Verbreiterung der Staatsstraße zu erreichen. Da die Staatsstraße auch an beträchtlichen Abgründen der Murg vorüberführt, ist beschlossen worden, Geländer in einer Länge von über einem halben Kilometer an den Straßenrändern anzubringen. Der größte Teil der umzubauenden Straßenstrecke erhält die Kleinpflasterung, und zwar eine Fläche von insgesamt 16 000 Quadratmeter. Das Kleinpflaster hat sich für den Autoverkehr auf der Murgtalstraße bisher weitaus am besten bewährt.

Mietsenkung in den städtischen Häusern Kehls. Der Gemeinderat Kehl hat beschlossen, die Mieten in den nach 1923 errichteten Neuhausbauten zu senken. Der Mietausfall beträgt 7200 *RM* und muß auf andere Weise gedeckt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Rundfunkvortrag über „Gleichberechtigung in der Luftfahrt." Ministerialdirigent **Brandenburg** vom Reichsverkehrsministerium wird heute, Freitag, von 18.30 bis 19 Uhr, im Rundfunk einen Vortrag halten über das Thema: „Was bedeutet der deutsche Gleichberechtigungsanspruch auf dem Gebiete der Luftfahrt."

Evangelische Diakonissenanstalt Karlsruhe. In aller Stille feierte am Sonntag, den 25. September, die evangelische Diakonissenanstalt Karlsruhe ihr Jubiläums- und Schwestern-Einsegnungsfest. Diakonisse Ursula Seubert durfte auf einen 50jährigen Dienst zurückblicken, 12 Schwestern feierten 25jähriges Jubiläum und 17 Schwestern wurden zum Diakonissenamt eingesegnet.

Auswirkungen der Vorschrift über Steuergutscheine für Karlsruhe. Es wird interessieren, etwas über die möglichen Auswirkungen der Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 über Steuernachlaß durch Steuergutscheine auf Karlsruhe und seine Wirtschaft zu erfahren. Die Summe der Steuerzahlungen, für die Steuergutscheine beantragt werden können, läßt sich für alle Karlsruher Steuerpflichtigen auf etwa 8 Millionen Reichsmark schätzen. Für Karlsruhe können also in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 Steuergutscheine im Nennwert von rund 3 200 000 RM. ausgegeben werden. Diese Summe entspricht nahezu der Höhe des voranschlagsmäßigen Aufkommens an Gemeindesteuern aus Grund- und Gewerbevermögen und Gewerbeertrag (Umlagen) für das Rechnungsjahr 1932 und kommt dem Jahresarbeitslohn für ungefähr 1800 Arbeitskräfte gleich. Steuergutscheine, die als Prämie für vermehrte Beschäftigung von Arbeitskräften erworben werden können, sind bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt.

Der Karlsruher Besuch des „Do X". Das berühmte Flugschiff „Do X" wird, wie man hört, der vor einiger Zeit ergangenen Einladung des Verkehrsvereins und des Oberrheinischen Luftfahrtvereins Karlsruhe folgend, gegen Ende dieses Monats in Karlsruhe eintreffen. Wochenlang wurde es in den großen Industriestädten am Niederrhein von der Bevölkerung betrachtet, die aus weiten Entfernungen gekommen waren, um den mächtigen Vogel der Technik bewundern zu können. Noch eine kurze Etappe in Mannheim steht bevor. Das Rheinbauamt Mannheim hat seine Genehmigung zur Wasserung des „Do X" auf dem Rhein bei Karlsruhe bereits erteilt. Jedenfalls wird „Do X" auf dem Rhein bei der Insel Rappenwört niedergehen und dort dem Publikum zugänglich sein.

Achtung, Falschgeld! Zur Zeit wird wieder versucht, falsche Fünfmarkstücke in Verkehr zu bringen. Es wird daher beim Geldeinnehmen zur Vorsicht gemahnt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Das herbstlich kühle Wetter hat bisher angehalten. Da jedoch der Nachschub polarer Luft jetzt durch eine nordwestlich von England herangezogene Zyklone unterbunden worden ist, werden die auf dem Festlande zur Ruhe gekommenen Kaltluftmassen allmählich wieder angewärmt werden. **Voraussage:** Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters, am Tage etwas milder.

Wasserstände: Waldshut 233 minus 7, Basel 29 minus 9, Rheinweiler 157 minus 2, Kehl 235 minus 8, Maxau 386 minus 1, Mannheim 246 plus 5, Caub 149 minus 1 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Mannheim**, 7. Okt. Seit einiger Zeit tauchten in Mannheim **falsche Zwanzigmarkscheine** auf, die äußerst gut und täuschend nachgemacht worden waren. Man vermutete die Falschgeldzentrale in Frankfurt a. M. Nunmehr ist es der Mannheimer Kriminalpolizei gelungen, zwei Personen zu verhaften, in deren Besitz noch 100 Stück dieser Falsifikate waren. Der Mannheimer Kriminalpolizei sind damit zwei gerissene Falschgeldvertreiber ins Garn gegangen.

bld. **Biernheim** (bei Weinheim), 7. Okt. Der vielfach vorbestrafte Metzger Emil Bleymehl aus Ottweiler a. d. Saar war in die **Kapelle** des katholischen Krankenhauses in Biernheim eingedrungen und stahl dort einen **Abendmahlkelch** aus Messing, von dem er aber annahm, er sei aus Gold. Unter Versagung mildernder Umstände wurde er zu **zwei Jahren Zuchthaus** verurteilt.

DZ. **Kehl**, 6. Okt. Die **Hanauer Heimatschau** Ende vorigen Monats erbrachte nach Abzug der Unkosten einen **Reingewinn** von 290 *RM*, der als Grundstock für das zu gründende Hanauer Heimatmuseum dienen soll.

bld. **Freiburg i. Br.**, 5. Okt. Der Freiburger Stadtrat hat beschlossen, im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes auf dem **Schauinsland eine große Rodelbahn** anzulegen, womit dieser Freiburger Hausberg um wertvolle Wintersportmöglichkeiten bereichert wird, zumal durch die Seilschwebebahn ein leichter Schlittentransport zum Gipfel gewährleistet wird.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	7. Oktober Geld	7. Oktober Brief	6. Oktober Geld	6. Oktober Brief
Amsterdam 100 G.	169.38	169.72	169.33	169.67
Kopenhagen 100 Kr.	75.32	75.48	75.32	75.48
Italien . . 100 L.	21.57	21.61	21.58	21.62
London . 1 Pfd.	14.525	14.565	14.525	14.565
New York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.495	16.535	16.49	16.53
Schweiz . . 100 Fr.	81.17	81.33	81.15	81.31
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Börsen und Geldmarkt

An den Börsen herrschte in dieser Woche fast völlige Stagnation. Das Geschäft ist auf einen Nullpunkt herabgesunken, der ein langsames Abbröckeln der Kurse mit sich bringt, da von keiner Seite Aufnahmeneigung zu spüren ist. Die Spannungen nach den deutschen Kontingentierungsmaßnahmen, die Situation in Genf und die bevorstehende Wahl lähmten die Unternehmungslust. Verstimmend wirkten auch die vielfachen wilden Streiks. Die Aktienkurse waren, ausgehend von den Abschwächungen am Siemens- und Bembergmarkt, fast allgemein niedriger. Im Gegensatz zu der Interesselosigkeit am Aktienmarkt zeigte sich am Rentenmarkt eine kleine Zunahme des Interesses. Mit Ausnahme von Neu- und Altbesitzanleihen waren die Notierungen fester.

Der Quartalsultimo ist auf dem **Geldmarkt** ruhig verlaufen. Das Wechselangebot war keineswegs besonders umfangreich

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

und die Reichsbank nicht übermäßig beansprucht. Die Senkung des Reichsbankdiskonts von 5 auf 4 Prozent bedeutet nach dem Bericht des Konjunkturinstituts für die Wirtschaft eine Verminderung der jährlichen Zinsenlast um rund 200 Millionen. Das entspreche einem Drittel der Gewerbesteuer. Die Zinssätze für kurzfristige Anlagen seien nunmehr so niedrig, daß der Anreiz gegeben sei, sich mehr höherverzinslichen Anlagewerten zuzuwenden. Der Hausbesitz drängt darauf, daß auch er — ähnlich wie die Landwirtschaft — Zinserleichterungen erhalte. Eine Verwirklichung solcher Wünsche würde schon in die Nähe einer allgemeinen Zinssenkung führen. Für die Genossenschaftshilfe wird das Reich mindestens 200 Millionen flüssig machen müssen, wahrscheinlich wieder in Form von Schatzscheinen, die bei der Reichsbank lombardiert werden können. Auch das ist nicht unbedenklich in einem Augenblick, wo die Reichseinnahmen einen weiteren Rückgang zeigen. Sehr bedenklich sind auch die devisenpolitischen Maßnahmen, die Italien gegen die deutschen Kontingentierungen getroffen hat.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abteilung) vom 5. Oktober 1932, beträgt der Londoner Goldpreis am 5. Oktober 1932 für eine Unze Feingold 119 sh 4 d, in deutscher Währung nach dem Berliner Mittelkurs für ein englisches Pfund vom 5. Oktober 1932 mit 14,55 RM. umgerechnet 86,8150 RM., für ein Gramm Feingold demnach 46,0398 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,79116 RM.

Die Notenausgaberechte der Privatnotenbanken betragen für das **vierte Kalendervierteljahr** 1932 wie bisher: für die Bayerische Notenbank 70 Mill. RM., Sächsische Bank zu Dresden 70 Mill. RM., Württembergische Notenbank 27 Mill. RM., **Badische Bank** 27 Mill. RM.

Weitere Mehlpreisermäßigung der süddeutschen Mühlen. Nachdem am 3. dieses Monats die Mehlpreise von den süddeutschen Mühlen um 0,30 RM. je Doppelzentner herabgesetzt worden sind, wurde eine erneute Preisermäßigung um 0,10 RM. je Doppelzentner vorgenommen. Der Großmühlenpreis für Weizenmehl Spezial Null beträgt somit 31,40 RM.

Die Reorganisation landschaftlicher Banken. Wie aus Berlin gemeldet wird, haben die Pläne zur Reorganisation landschaftlicher Banken so große Fortschritte gemacht, daß mit dem baldigen Abschluß der Verhandlungen mit den landschaftlichen Banken in Berlin, Breslau und Stettin gerechnet werden kann. Es wird beabsichtigt, die landschaftlichen Banken wirtschaftlich und personell aus ihrer Abhängigkeit von den Landschaften zu lösen und sie unter Aufrechterhaltung ihrer Eigenart an die **Central-Landschafts-Bank in Berlin** enger anzugliedern. Zu diesem Zwecke wird das Kapital der Central-Landschafts-Bank durch weitere Beteiligung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt auf zunächst 5 Millionen RM. erhöht. Die Transaktion wird rückwirkend per 1. Januar 1932 durchgeführt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Sammlung der Badischen Notgemeinschaft.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird der Badischen Notgemeinschaft die Erlaubnis erteilt, selbst oder durch die ihr angeschlossenen Organisationen im Lande Baden öffentliche Sammlungen von Lebensmitteln, Kleidern, Wäsche und ähnlichem Bedarf des täglichen Lebens sowie öffentliche Geldsammlungen zu veranstalten. Die Sammlung kann sowohl durch Aufrufe und Versendung von Bittgesuchen als auch von Haus zu Haus, die Geldsammlung außerdem auch auf öffentlichen Straßen und Plätzen sowie an sonstigen öffentlichen Orten und Wirtschaften und dergleichen stattfinden. Für die Sammlungen von Haus zu Haus und auf öffentlichen Straßen und Plätzen usw. ist jedoch hinsichtlich der Art und des Zeitpunkts der Sammlung und hinsichtlich sonstiger Einzelheiten die zusätzliche Genehmigung des Bezirksamts (Polizeipräsidium. Polizeidirektion) einzuholen; diese Sammlungen dürfen genehmigter Sammlungen anderer Organisationen nicht beeinträchtigen.

Diese Genehmigung gilt bis zum 31. März 1933.

Karlsruhe, den 5. Oktober 1932.

Der Minister des Innern.
J. V.: Weitzel.

Bekanntmachung.
Werttarif der Walderzeugnisse.

Gemäß § 12 des Gesetzes vom 8. August 1924, das Forststrafrecht und das Forststrafverfahren — GVBl. S. 251 —, wird zur Berechnung des Werts entwendeter Walderzeugnisse nachstehender Tarif veröffentlicht. Derselbe tritt mit Wirkung vom 1. November 1932 an Stelle des Werttarifs vom 1. Mai 1925 (Bekanntmachung vom 17. April 1925, Staatsanzeiger vom 25. April 1925, Nr. 96).

Für Sortimente, die wegen der Seltenheit ihres Vorkommens in diesen Tarif nicht aufgenommen sind, ist der Wert des Entwendeten nach dem Ansatz gleichwertiger Sortimente des Tarifs zu bestimmen.

Es ist zu beachten, daß die Traglast Schichtnutz- und brennholz sowie Fichtennutzrinde gleich 1/10 Ster, die Traglast Reisholz gleich 2 Stück Normalwellen, die Traglast Streumittel gleich 1/4 Raummeter anzunehmen ist.

Karlsruhe den 30. September 1932.

Ministerium der Finanzen.
— Forstabteilung —
Kurz.

Werttarif der Walderzeugnisse, gültig vom 1. November 1932 an.

Einstufung der Forstbezirke in 4 Preisgruppen.

Preisgruppe I	Preisgruppe II	Preisgruppe III	Preisgruppe IV
Adelsheim	Baden-Baden	Baden-Baden-Stadt	Furtwangen
Bretten	Bühl	Bonndorf	Schluchsee
Bruchsal	Breisach	Blumberg	Staufen II
Boxberg	Buchen i. O.	Donaueschingen	St. Blasien
Durlach	Eberbach	Freiburg	St. Märgen
Eppingen	Engen	Freiburg-Stadt	Todtmoos
Gerlachsheim	Emmendingen	Forbach I	Triberg
Graben	Ettenheim	Forbach II	Waldkirch
Heidelberg	Ettlingen	Geisingen	Wolfach
Heidelberg-Stadt	Huchenfeld	Gengenbach	
Ichenheim	Jestetten	Gernsbach	
Karlsruhe	Kenzingen	Kandern	
Karlsruhe-Hardt	Konstanz	Kirchzarten	
Langensteinbach	Lahr	Löffingen	
Odenheim	Lörrach	Neustadt	
Philippsburg	Meßkirch	Oberweiler	
Rheinbischofsheim	Mittelberg	Ottenhöfen	
	Mosbach	Bad Peterstal	
	Neckargemünd	Schönau i. Sch.	
	Neckarschwarzach		
Schwetzingen	Offenburg	Schopfheim	
Sinsheim	Pforzheim	Staufen I	
Tauberbischofsheim	Pfullendorf	Stühlingen	
Weinheim	Radolfzell	Sulzburg	
Wiesloch	Rastatt	Todtnau	
	Renchen	Öhlingen	
	Rotenfels	Villingen	
	Säckingen	Villingen-Stadt	
	Schönau b. H.	Wendlingen	
	Steinbach	Zell a. H.	
	Stockach		
	Tiengen		
	Überlingen		
	Waldbürn (mit Zweigstelle Hardheim)		
	Wertheim		

I. Holznutzungen.

A. Nutzholz.

Holzart	Sortiment	Kl.	Einheitsmaß	Preisgruppen I	II	III	IV
				RM	RM	RM	RM
Laubholz							
Eiche und Esche	Stämme	I	1 fm	73			
		II	"	62			
		III	"	52			
		IV	"	40			
		V	"	28			
		VI	"	17			
Buche	Stämme	I	1 fm	26			
		II	"	22			
		III	"	19			
		IV	"	15			
		V	"	11			
		VI	"	9			
Sonstiges Laubholz (Hartholz)	Stämme	I	1 fm	38			
		II	"	37			
		III	"	34			
		IV	"	29			
		V	"	21			
		VI	"	13			
Pappeln und Weiden (Weichlaubholz)	Stämme	I	1 fm	32			
		II	"	30			
		III	"	27			
		IV	"	24			
		V	"	18			
		VI	"	12			
Nadelholz (Fi, Ta, Fo, Lä)	Stämme und Abschn.	I	1 fm	17			
		II	"	15			
		III	"	13			
		IV	"	11			
		V	"	9			
		VI	"	8			
Stangen							
Laubholz hart	Derbstangen		1 fm	15	14	13	12
weich			"	10	9	8	7
hart	Reisstangen		"	8	7	7	6
weich			"	6	5	5	4
Nadelholz	Baustangen	I/III	100 Stück	100	85	70	55
		IV/V	"	45	37	30	22
	Hopfenstangen	I/II	"	26	21	17	12
		III/IV	"	13	10	8	5
	Kleinstangen	I/III	"	2	2	1	1
Nutzschichtholz							
Eiche und Esche	Scheiter u. Rollen	I/II	1 Ster	17	15	13	12
Buchen		"	"	12	10	9	7
Sonst. Laubholz hart		"	"	15	13	11	9
Weichlaubhölzer		"	"	12	10	9	7
Eiche und Esche	Prügel	I/II	1 Ster	9	8	7	5
Buchen		"	"	9	8	7	5
Sonst. Laubholz hart		"	"	8	7	6	4
Weichlaubhölzer		"	"	8	7	6	4
Nadelholz							
Forle	Rollen	I/II	1 Ster	8	7	7	6
Forle	Prügel	"	"	6	5	5	4
Fi, Ta (Papierholz)	Rollen	I/III	"	7	6	6	5
Sonstige Nutzholzsortimente							
Nutzreisig, Lbh.	Zierreis	—	1 Traglast	2	2	1	1
und Nh.	Deckreis	—	"	1	1	0,50	0,50
Christbäume Nh.	1 m u. mehr Höhe	—	1 Stück	1	1	0,80	0,80
Christb. Nh.	bis 1 m H.	—	"	0,60	0,60	0,50	0,50
Laubholz	Entrinden	—	100 Stück	2	2	1	1
Nutzrinde Eiche	Gerbrinde	—	100 kg	6	5	5	4
Nutzrinde Fichte	"	—	1 Ster	4	3	3	2

B. Brennholz.

Holzart	Sortiment	Kl.	Einheitsmaß	Preisgruppen I	II	III	IV
				RM	RM	RM	RM
Buche	Scheiter u. Rollen	I/II	1 Ster	11	9	8	6
Sonst. Laubholz	"	"	"	8	7	6	5
Nadelholz	"	"	"	6	5	4	4
Buche	Prügel	"	"	8	7	6	4
Sonst. Laubholz	"	"	"	6	5	4	3
Nadelholz	"	"	"	4	4	3	3
Buche	Reisholz	—	100 Normalwellen	16	14	12	10
Sonst. Laubholz	"	—	"	12	10	8	7
Nadelholz	"	—	"	10	8	7	6
Buche	Stockholz	—	1 Ster	5	4	4	3
Sonst. Lbh. u. Nh.	"	—	"	4	3	3	2
Sämtl. L.- u. N.-Holzarten	Abfälle, Rinden, Späne	—	1 Traglast	0,40	0,40	0,30	0,30
Sämtl. L.- u. N.-Holzarten	Leseholz	—	"	0,40	0,40	0,30	0,30
Sämtl. Nadelholzarten	Dürre Zapfen	—	"	0,30	0,30	0,20	0,20
Nadelholz	Kienholz	—	"	4	3	3	2

II. Nebennutzungen.

Holzart	Sortiment	Einheitsmaß	Preisgruppen I II III IV
			RM
Eichen	Samen	1 kg	0,30
Buchen	"	"	0,40
Wildobst	"	"	0,20
Sonstige Laubholzarten	"	"	je nach Sorte 0,50 bis 2,—
Nadelholzzapfen	"	"	0,20
Grassamen	"	"	1,—
Laubholz	Saatschulpflanzen	100 Stück	3,—
Nadelholz	"	"	2,—
Laubholz	Schlagpflanzen	"	2,—
Nadelholz	"	"	1,—
Nußbäume	Heister	1 Stück	1,—
Kirschbäume	"	"	0,50
Sonst. Wildobst	"	"	0,30
Sonst. Laubholz	"	"	0,20
Nadel- und Laubholz	Zierpflanzen	"	je nach Sorte 1,— bis 3,—
Streumittel	Laubstreu	1 rm	3,—
"	Nadelstreu	"	3,—
"	Moos u. Unkraut	"	2,—
Futter	Laub	1 Traglast	0,50
"	Gras	"	0,50
Seegras	"	"	1,—
Holzerde, Heideerde, Humuserde	Erden	"	1,—
Steine und Sand	"	1 cbm	0,20

Lebensrettung.

Herrn Erwin **Karl**, Schlosser in Plankstadt, der am 12. August 1932 den Taglöhner Bernhard Gund aus Plankstadt durch mutiges, entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Neckar bei Heidelberg-Wieblingen gerettet hat, spreche ich hiermit eine

öffentliche Belobung

aus.

Mannheim, den 4. Oktober 1932.

Der Landeskommissär:
Dr. Scheffelmeier.

Ablösungsanleihe

Bei der am 29. September d. J. vorgenommenen Ziehung von Auslosungsscheinen der **Ablösungsanleihe der Stadtgemeinde Achern** für 1932 wurden folgende Nummern gezogen:

Litr. A Nr. 31, 53
Litr. B Nr. 16, 46, 49
Litr. C Nr. 2, 15, 57.

Diese Stücke werden zur Heimzahlung auf 31. Dezember 1932 aufgerufen und mit dem 6fachen des Nennwerts mit den ab 1. Januar 1926 aufgelaufenen Zinsen unter Abzug der Kapitalertragssteuer eingelöst. Die Einlösnng erfolgt nur gegen Rückgabe des Auslosungsscheins und der Schuldverschreibung der Ablösungsanleihe durch die Stadtkasse. M.65

Achern, den 30. September 1932.

Gemeinderat.

Oeffentliche Zahlungserinnerung

Es sind fällig am:

10. 10. 32 die Vorauszahlung der Umsatzsteuer für September bzw. das 3. Kalendervierteljahr 1932.
10. 10. 32 die zweite Krisensteuervorauszahlung für 1932.
15. 10. 32 die Grund- und Gewerbesteuervorauszahlung für das vierte Kalendervierteljahr 1932 nebst Landeskirchensteuerzuschlag.

Außerdem waren bzw. werden fällig jeweils ein Monat nach Zustellung des Bescheids die Abschlußzahlungen an Einkommen-, Landeskirchen- und Krisensteuer für 1931.

An die Zahlung wird erinnert. Terminversäumung hat Nachnahme oder Betreibung und Verzugszuschläge zur Folge. Bargeldlose Zahlung unter Angabe der Steuernummer ist erwünscht. S.204

Karlsruhe, den 5. Oktober 1932.

Die Finanzämter
Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Straßenbauarbeiten

Das **Wasser- und Straßenbauamt Tauberbischofsheim** vergibt nach den allgemeinen Bestimmungen für die Vergebung von Bauleistungen (V.O.B. Din 1960) im öffentlichen Wettbewerb die Arbeiten und Lieferungen zur Herstellung einer Umgehungsstraße bei Gerchsheim in folgenden Losen:

Los I. Straßenherstellung: Massenbewegung 10200 cbm, Andeckung 500 cbm, Stampfbeton 100 cbm, Dohlenanlagen 50 lfdm, Fahrbahnherstellg. u. Oberflächenteerung 3600 qm.

Los II. Straßenherstellung: Massenbewegung 7400 cbm, Andeckung 400 cbm, Stampfbeton 100 cbm, Dohlenanlagen 50 lfdm, Fahrbahnherstellg. u. Oberflächenteerung 4800 qm.

Angebotsverzeichnisse können von obengenanntem Bauamt gegen eine Gebühr von 0,50 RM (für jedes Los) bezogen werden, bei welchem auch während der Geschäftsstunden die Planunterlagen und Bedingungen zur Einsicht aufliegen.

Die Angebote sind verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen bis spätestens **Samstag, den 22. Oktober 1932, 10 Uhr,** beim Wasser- und Straßenbauamt Tauberbischofsheim einzureichen, wo um diese Zeit die Öffnung der Angebote in Anwesenheit der etwa erschienenen Bewerber erfolgt.

Badisches Landestheater

Samstag, den 8. Okt. 1932
*E3, Th.-Gem. 1001—1100

Die Räuber

Trauerspiel von Schiller

Regie: Baumbach

Mitwirkende:
Ehrhardt, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmeke, Herz, Hierl, Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Mehner, P. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Kuhe

Anfang 20 Ende geg. 23¼
Preise B (0,60—3,90 RM)

So. 9. 10. Nachmittags: Die Regimentstochter. Abends: Figaros Hochzeit

Druck G. Braun, Karlsruhe